

# Wer Visionen hat, soll nach Brüssel gehen!

Die Zukunft des Europäischen Traums  
im Lichte der Wirtschafts- und Finanzkrise.

## Henry Alt-Haaker

**Ein Appell an die Generation  
der Studienkollegiaten zum 10. Jahrestag**

Studienkollegiaten  
als besondere Europäer

Die Studienkollegiaten sind die europäischste Generation aller Zeiten. Durch multikulturelle von Migration geprägte Gesellschaften, durch Studienaustauschprogramme, binationale Beziehungen, eine als selbstverständlich hingenommene Freizügigkeit, digitale soziale Netzwerke, kostenlose Videotelefonie, eine natürlich gelebte Mehrsprachigkeit, Low Cost Airlines, die den Kontinent verbinden, und die gemeinsame Währung ist Europa unser Wohnzimmer. Wir fühlen uns in Paris genauso zu Hause wie in Berlin und die Frage, was ein Pole mit einem Italiener gemein hat, erscheint uns banal. Dennoch überzeugen die klassischen Argumente der Europäischen Union – Frieden, Stabilität und Wohlstand – nicht mehr. Ein Krieg zwischen den »alten Erzfeinden« Deutschland und Frankreich ist schlicht undenkbar.

Die Generation der Studienkollegiaten ist geeint in der Angst vor dem wirtschaftlichen Abschwung. Keine Generation vor uns wurde derart privilegiert geboren und hatte vergleichbare Möglichkeiten, sich frei zu entfalten. Aber auch keine Generation hatte jemals eine derartige Angst vor dem neuen Modewort »Prekariat«. Für ein halbes Jahrhundert gab es in der Europäischen Union weder Kriege noch andere Katastrophen vergleichbaren Ausmaßes und dennoch

übernehmen wir von unseren Eltern einen Berg an Schulden und globalen Problemen, der uns gebückt gehen lässt. Die aktuelle Währungs- und Finanzkrise, die fälschlicherweise als Eurokrise bezeichnet wird, droht, diese Angst vor der Zukunft noch zu verstärken und den Glauben an Europa ins Wanken zu bringen.

Der Zweifel nagt an der Generation  
vor dem Studienkolleg

In immer mehr Ländern Europas erfreuen sich Populisten am rechten nationalen Rand wachsender Beliebtheit. Wir haben in Finnland, in den Niederlanden und in einigen Ländern Mittel- und Osteuropas in den letzten Jahren viele Parteien und Politiker gesehen, die offen das Projekt der EU in Frage stellen. In diesem Klima der EU-Skepsis diskutieren die politischen Eliten darüber, ob die »Märkte nervös« seien, fast so als wäre das »Primat der Politik« in Wirtschaftskrisen nicht existent. Journalisten, Intellektuelle und Politiker malen den Teufel des Demokratieverlustes an die Wand und die Demokratie wird durch Sondergremien und nicht demokratisch legitimierten Institutionen in der Krise ausgehebelt. Die Exekutive, Legislative und die Judikative streiten darüber, wer wo rote Linien zieht und wie man zu agieren hat, wenn diese überschritten werden. Da betont die Regierung, dass das Parlament bei eiligen Entscheidungen nicht einbezogen werden kann, weil die »Märkte drängen«. Die Parlamente beklagen sich mit großem Pathos darüber, dass die Regierung das »Königsrecht« des Parlaments

beschneidet. Und das Bundesverfassungsgericht ermahnt die Parlamentarier, sich ihrer Verantwortung dem Steuerzahler gegenüber bewusst zu sein. In den Nationalstaaten schimpft man auf die Anderen. Sei es, dass deutsche Politiker den Griechen empfehlen, Inseln zu verkaufen, oder griechische Medien Angela Merkel in SS-Uniform zeigen oder Politiker die Troika mit einer Besatzungsmacht vergleichen. Oder die Nationalstaaten schimpfen gleich auf ein diffuses »Brüssel«. Und von EU-KommissarInnen kommen verächtliche Äußerungen über die Arroganz des Verfassungsorgans in Deutschland, das seit der Gründung der BRD die höchsten Zustimmungswerte genießt – das Bundesverfassungsgericht.

All dies sind nicht gerade vertrauensbildende Maßnahmen. Es sind Debatten, die der EU einen Bärendienst erweisen und die den Glauben an sie in der Bevölkerung schwächen. Die Europäische Union war immer ein Projekt, das von visionären Eliten gestaltet und von der Bevölkerung hingenommen wurde. Es wurde hingenommen, solange es sichtbare Vorteile brachte und solange die Mehrheit des gesellschaftlichen Establishments in Politik, Wissenschaft und Journalismus sich darin einig war, dass die EU ein wichtiges und von allen unterstütztes Projekt ist.

Diese Zuversicht muss der europäischen Bevölkerung wiedergegeben werden. Zur Zeit lesen die Bürgerinnen und Bürger in den Zeitungen von Summen, Institutionen und Finanzprodukten, von denen sie nichts verstehen. Es geht um Bankenlizenzen, Gouverneursräte, Neunergremien, ob man an Banken oder an Staaten zahlt, Haftungsobergrenzen und Durchsetzbarkeit von Evaluierungsmechanismen. Es geht nicht mehr um eine Vision eines »europäischen Bundesstaates« oder einer »Wertegemeinschaft«.

Diejenigen, die der EU helfen wollen, bemühen dann gern die »europäische Solidarität«. Doch Solidarität ist zweigleisig: Die Starken stehen für die Schwachen ein und die Schwachen nutzen diese Großzügigkeit der Starken nicht aus. Dies erfordert Vertrauen und Kontrolle. Beides existiert momentan nicht. Die Starken fühlen sich (zu recht) getäuscht

und die Schwachen fühlen sich (zu recht) überwacht und (zu unrecht) in ihrem Stolz verletzt. Die Starken vergessen, dass auch sie teilweise in der Vergangenheit die Stabilitätskriterien nicht erfüllt haben. Und die Schwachen vergessen, dass es nicht ausländische Regierungen waren, die sie in diese Misere gebracht haben.

Im Übrigen gehört zu dieser banalen Wahrheit auch, dass man einigen Banken, die an der aktuellen Krise mindestens nicht unbeteiligt sind, noch einmal erklärt, dass in einer Marktwirtschaft Gewinn und Risiko zusammen gehören und zu unternehmerischem Handeln auch Haftung gehört. Kurzfristige Gewinne zu realisieren und dann die Verluste zu sozialisieren, mag dieses Mal funktioniert haben, aber die Politik wird sich nicht noch einmal derart an der Nase herum führen lassen.

#### Chance aus der Krise: Die Überwindung des Nationalen

Es gibt aber die Chance, dass die EU aus dieser Krise gestärkt hervorgeht. Es wäre nicht das erste Mal. Mittlerweile scheint es – zumindest unter den führenden Politikern und Volkswirten – Konsens darüber zu geben, dass eine stärkere Integration die Lösung allen Übels ist. Nun hat es Sprache an sich, dass mit ein und demselben Begriff verschiedene Dinge verstanden werden können. Mit »Integration« meinen Nordstaaten »Kontrolle« und Südstaaten verstehen »Souveränitätsabgabe«. Und beide haben recht. Es muss allen klar sein, dass der einzige Weg vorwärts, die weitergehende Übertragung von nationalstaatlicher Souveränität an starke und demokratisch legitimierte Institutionen in Brüssel sein kann. Es ist verständlich, dass die Menschen in den aktuellen Krisenstaaten in einer existentiellen Krise stecken, die sie verunsichert und bei der sie nicht wissen, wem sie trauen sollen. Aber es wäre falsch, hier den alten Geist des Nationalismus wieder aus der Flasche zu lassen. Der Nationalstaat ist ein Konzept des 18. und 19. Jahrhunderts, der Multilateralismus war das Kind des 20. Jahrhunderts und das Supranationale ist der nächste Schritt im 21. Jahrhundert.

Es hilft, gelegentlich darauf hinzuweisen, dass auch der beliebte Begriff »Souveränität« immer unter dem Einfluss historischer Umstände verstanden werden musste. Es geht bei der EU um den nächsten Schritt in der Realisierung von Staatlichkeit in einer globalisierten multipolaren Welt. Viele Menschen, die heute über »nationale Souveränität« sprechen, vergessen, dass auch in der Hochsaison der Bildung von Nationalstaaten viele Akteure, allen voran die von einigen deutschen Politikern immer noch verehrten Bismarck oder Metternich, große Skeptiker des Nationalstaats und des Parlamentarismus waren. Auch die ersten beiden Bundestagswahlen 1949 und 1953 waren keine Wahlen eines souveränen Staates. Bis 1955 galt in der Bundesrepublik noch Besatzungsrecht. Und selbst bis zur Wiedervereinigung 1990 kann man nur von eingeschränkter Souveränität Deutschlands sprechen. Erst die friedliche Revolution am Ende des 20. Jahrhunderts und die Annahme der Rolle Gesamtdeutschlands als friedliche und moderierende Macht in Europa, hat diese Souveränität wirklich geschaffen.

Heute geht es darum, nationalstaatliche Souveränität nicht als Blockade- und Verzögerungsmittel zu nutzen, sondern den europäischen Pluralismus als Stärke zu kultivieren. Dieser Pluralismus, diese bewusst fehlende Homogenität, ist es, die Europa in seiner gesamten Geistes- und Gesellschaftsgeschichte von anderen Regionen der Welt unterscheidet. Und trotzdem werden wir es schaffen müssen, Strukturen zu bilden, die schnell und schlagkräftig aktuelle Krisen beheben können. Die Gründer der Bundesregierung wussten bereits 1949 wie wichtig dabei ein starkes und geeintes Europa ist. In der Präambel des Grundgesetzes findet der europäische Einigungsprozess bereits sehr prominente Erwähnung. Es heißt dort, dass Deutschland »als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt dient«. An den Begriff des »vereinten Europas« anschließend heißt es in Art. 23 I 1 von 1992 weiter, dass die Bundesrepublik Deutschland »zur Verwirklichung eines vereinten Europas [...] bei der Entwicklung der Europäischen Union mit[wirkt].«.

Die Verfassung der Bundesrepublik ist also an prominenten Stellen – inklusive der Präambel, die den Ton für die Lektüre des restlichen Textes vorgibt – bereits auf die europäische Integration und die Verantwortung Deutschlands in diesem damals noch nicht geschaffenen Europa angelegt (der Begriff »nationale Souveränität« taucht übrigens im Grundgesetz kein einziges Mal auf – dafür aber 33 mal im sogenannten Lissabonurteil, dem letzten Aufbegehren des höchsten deutschen Gerichtes, gegen die unausweichliche Einsicht, dass die Europäische Union nicht mehr zu bremsen ist. Eine Einsicht, die in der Entscheidung zum ESM vom 12. September 2012, in der das Primat der Politik zähneknirschend mit dem Hinweis akzeptiert wurde, dass »das Bundesverfassungsgericht seine Einschätzung nicht an die Stelle derjenigen des Gesetzgebers setzen« darf, endgültig angenommen wurde).

Dies kann allerdings nicht mehr ohne die aktive Beteiligung und Unterstützung durch die Mehrheit der europäischen Bevölkerung geschehen. Ich schreibe bewusst nicht »Bevölkerungen« sondern Bevölkerung. Wir sind eine bunte Familie, die seit Jahrhunderten miteinander eng verwoben ist und sich familiärer fühlt, als wir es uns oft eingestehen wollen. Und wie in jeder Familie gibt es gelegentlich Streit. Und ebenfalls wie in jeder Familie, dreht sich dieser Streit oft um Geld, Stolz und Teilhabe an Entscheidungsprozessen. Aber die Stärke dieser europäischen Familie ist, dass wir nicht auf den Tisch hauen und die kleinen Kinder zur Strafe in die Ecke stellen. Unsere Stärke ist, dass wir gleichberechtigt an einem Tisch sitzen, Differenzen ausdiskutieren und gemeinsam nach einer Lösung suchen. Denn wir wissen alle, dass wir im Grunde doch dasselbe wollen. Der strahlende europäische Traum hat nur etwas Staub angesetzt und muss von uns wieder blank geputzt werden.

### Reform der Europäischen Union

Das Demokratiedefizit und die starke Exekutivdominanz in der Krise wurden richtig konstatiert (und oft von Nationalisten als salonfähige Ablehnung der EU

missbraucht), aber die diskutierte Lösung, eine Stärkung der nationalen Parlamente, ist falsch.

Wir müssen die Europäischen Institutionen stärken, indem wir das Europäische Parlament zu einem wirklichen mächtigen Parlament mit allen »Königsrechten« machen. Dazu gehören auch europäische Listen.

Wir müssen die Kommission zu einer wirklichen Regierung umstrukturieren, die vom Parlament gewählt wird und ein eigenes Budget durch Steuern und eine starke und durchsetzungsfähige Haushaltsaufsicht hat, ohne alle sieben Jahre um Almosen bei den Staats- und Regierungschefs bitten oder sich auf unüberprüfbare Statistiken verlassen zu müssen.

Und wir müssen den Rat zu einer zweiten Kammer, ähnlich dem Bundesrat, umstrukturieren, der in Entscheidungen involviert ist und gemäß dem Subsidiaritätsprinzip in gewissen Bereichen Vetorechte hat, aber nicht mehr der mächtigste Akteur in Brüssel ist.

Diese Änderungen müssen von denen betrieben werden, die dadurch Macht verlieren – den nationalen Staats- und Regierungschefs. Sie müssen dazu von einer pro-europäischen Öffentlichkeit genötigt werden. Und diese Öffentlichkeit muss die Generation der Studienkollegiaten überzeugen!

— Der sprichwörtliche Opa, den man nach Europa schickt, muss in Rente geschickt werden.

— Wir brauchen wirkliche Europäer, d.h. mehrsprachige Visionäre, die mehr als nur ihre regionale Kultur verstehen und nicht in nationalen Egoismen denken.

— Wir brauchen Journalisten und Politiker, die das beliebte EU-bashing beenden und aufhören die EU als das »bürokratische Monster« zu beschreiben, das die scheinbar heilig gewordene Glühbirne abschafft. Konstruktive Beteiligung an Entscheidungen ist die Aufgabe der Stunde und nicht öffentliches Kritteln und populistische Hysterie.

— Und wir müssen anfangen, den Europäern, die nicht zu der polyglotten, gebildeten und viel reisenden Minderheit gehört, wie wir Studienkollegiaten, die handfesten alltäglichen Vorteile der Union zu erklären.

Es ist leicht, das Negative zu sehen, aber die Vorteile überwiegen wie bei keinem anderen politischen Projekt des 20. Jahrhunderts. Ob es auch im 21. Jahrhundert seine Erfolgsgeschichte fortsetzt, liegt an uns. Die EU ist nicht perfekt, aber sie wird sicher durch Boykott und Sabotage nicht besser. Sie wird nur besser, wenn wir uns gemeinsam daran erinnern, wofür die EU gegründet wurde und dass der visionäre Prozess der Gründerväter noch nicht beendet ist.

Es wäre eine Schande, wenn dieses Projekt an ein paar Politikern scheiterte, die schlecht gehaushaltet haben, oder an ein paar Banken, die den kurzfristigen Gewinn über langfristige Investitionen in die Zukunft gestellt haben. Europa ist zu wichtig, um es nationalstaatlicher Inkompetenz und flüchtigem Gewinnstreben zu opfern. Die Generation der Studienkollegiaten hat die Verantwortung, die Möglichkeit und die Leidenschaft, die Europäische Union auf eine stärkere und stabilere nächste Stufe zu heben.

Henry Alt-Haaker, geboren 1979 in Frankfurt (Oder), Studienkollegiat aus dem Jahrgang 2005.06, studierte Philosophie und Neue Deutsche Literatur an der Humboldt Universität zu Berlin, Sorbonne in Paris und Washington University in St. Louis. Im Anschluss schloss er einen Master in Public Policy an der Hertie School of Governance in Berlin ab. Zur Zeit leitet er das Bundestagsbüro der Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP).

Dieser Text wurde veröffentlicht im Rahmen des zehnjährigen Jubiläums des Studienkollegs zu Berlin am 17. Oktober 2012, Berlin. [www.studienkolleg-zu-berlin.de](http://www.studienkolleg-zu-berlin.de).